

wie gut Livestreams aus der Bezirkspolitik funktionieren können, zeigt die erste per YouTube übertragene Sitzung der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf. Jahrelang gab es Bedenken. BVV-Vorsteherin **Annegret Hansen** (SPD) befürchtete hohe Kosten, manche Mitglieder der Fraktionen wollten sich nicht filmen lassen. Die Coronakrise macht es nun doch möglich. Bis zu 82 Bürger schauten am Donnerstagabend gleichzeitig zu – viel mehr als bei Sitzungen im Rathaus Charlottenburg.

Lustige Nebenwirkungen hat ein Transkriptionsprogramm, das alle Reden als Untertitel anzeigt. **Sebastian Dieke** von der Linksfraktion wurde als „Teddybär“ bezeichnet und musste sich von Vorsteherin Hansen vermeintlich anhören: „Der Dicke, haben Sie eine Nachfrage?“. Seinen Fraktionskollegen **Niklas Schenker** zitiert das Programm mit den seltsamen Worten: „Ich glaube Generikum.“ Trotz solcher Fehler ist die Spracherkennung insgesamt erstaunlich gut.

Die Politiker:innen melden sich aus dem Homeoffice, gewähren einen Blick in ihre Wohnung oder wählen – wie Vizebürgermeister **Arne Herz** (CDU) und Stadträtin **Heike Schmitt-Schmelz** (SPD) – ein Foto des Rathauses Charlottenburg als virtuellen Hintergrund. Ein Mal erschien Annegret Hansen ungewollt im Bild, als sie seufzte und ihr Mikrofon nicht stummgeschaltet hatte.

Große Pannen blieben den Politikern erspart. Niemand verwandelte sich im Video [in eine Kartoffel](#) oder [in eine Katze](#), wie es einer Unternehmerin und einem Rechtsanwalt in den USA durch den versehentlichen Einsatz von Bildfiltern passiert ist.

Ein Problem bei Beschlüssen wird umschifft. Das Rechtsamt hatte gewarnt, „Zoom“ sei dafür ungeeignet. Die BVV nutzt das Programm seit den ersten digitalen Sitzungen im Dezember und Januar. Zur Notlösung wurden Briefwahlen, was aber niemandem gefiel. Jetzt haben die Bezirksverordneten [ihre Geschäftsordnung geändert](#). Annegret Hansen erkundigt sich zuerst bei den Fraktionsvorsitzenden danach, wie sie abstimmen wollen. Anschließend fragt sie, ob es abweichende Meinungen gibt. Wenn nicht, gilt es als beschlossen. Die Methode ist nur für „außergewöhnliche Notlagen“ wie die Coronavirus-Pandemie gedacht.

Um deren praktische Folgen ging es dann auch gleich in einem Beschluss. Wochenmarkthändler sollen während des Lockdowns nicht mehr nur Lebensmittel verkaufen dürfen. Das Bezirksamt solle sich dafür beim Senat einsetzen, von dem die Berliner Corona-Verordnung stammt, forderte die FDP. Fraktionschef **Felix Recke** kritisierte die „Ungleichbehandlung“ gegenüber Supermärkten, die ihr Sortiment an „Non Food“-Artikeln wie Blumen und Textilien ausgeweitet hätten. Außerdem gewähre der Nachbarbezirk Tempelhof-Schöneberg den Wochenmarkthändlern mehr Freiheiten. Der [Antrag](#) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nur der fraktionslose Verordnete **Gerald Mattern** votierte dagegen, die Grünen enthielten sich der Stimme.

Gestrichen wurde ein Absatz, in dem die FDP das Bezirksamt gebeten hatte, die Beschränkungen schon jetzt selbst aufzuheben. Das sei rechtlich unmöglich, stellten Bürgermeister **Reinhard Naumann** (SPD) und Ordnungsstadtrat **Arne Herz** (CDU) klar. Die FDP setzt sich auch auf der Landesebene für Lockerungen bei den Wochenmärkten ein: Ihre Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat einen ähnlichen Antrag wie die Parteifreunde in der City West gestellt.

Derzeit ist es Anbietern auf den Märkten erlaubt, mit den gleichen Waren wie die wenigen noch geöffneten Läden zu handeln. Außer Lebensmitteln zählen dazu unter anderem Bücher, Tiernahrung, Drogerieartikel und Schreibwaren. Doch nicht alles, was in Geschäften zum zulässigen Sortiment gehört, passt auch auf Wochenmärkte – das gilt beispielsweise für Brillen, Hörgeräte, Sanitätswaren, Medikamente und „gewerblichen Handwerkerbedarf“.